



Novellierung des Landesjagdgesetzes

Chronologie der Aktivitäten des LJV

Stand: 8. Februar 2010

Von Zeit zu Zeit werden Klagen einzelner LJV-Mitglieder laut, denenzufolge der Landesjagdverband nichts oder nicht genug gegen die von der Landesregierung eingeleitete Novellierung des Landesjagdgesetzes unternommen habe. Wir nehmen dies zum Anlass, unsere bisherigen Aktivitäten zusammenzufassen.

Bereits im Jahr 2008 erstellte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad in Absprache mit mehreren anderen Bundesländern ein Eckpunktepapier zum „Jagdrecht in Deutschland“. Der Inhalt dieses Eckpunktepapiers war sehr allgemein gehalten und im Großen und Ganzen nicht zu beanstanden. Einige Formulierungen ließen aber – je nach Interpretation – schon befürchten, dass Ungemach auf die Jägerschaft zukommen könnte. Unser Präsident, Herr Michael, hat über das Eckpunktepapier mehrfach – auch in unserem Verbandsorgan „Jagd & Jäger“ – informiert.

Erstmals im Mai 2009 hat Ministerin Conrad in Ihrer Rede anlässlich unserer Jahreshauptversammlung in Trier über konkrete Inhalte eines bis dahin völlig unbekanntem Referentenentwurfs informiert. Zu den Ausführungen von Frau Conrad hat LJV-Präsident Michael im Leitartikel in der Juliausgabe 2009 unserer Verbandszeitschrift ausführlich Stellung genommen.

Der vollständige Referentenentwurf lag uns im Rahmen der Verbände-Anhörung erst am 28. August 2009 auf dem Tisch. Zuvor hatte niemand – außer den engsten Mitarbeitern von Ministerin Conrad – Kenntnis vom Inhalt des Novellierungsentwurfs!

Bereits drei Tage später – nämlich am 31. August 2009 – haben wir eine ausführliche Pressemitteilung herausgegeben, die von allen großen rheinland-pfälzischen Tageszeitungen und von den jagdlichen Fachzeitschriften aufgegriffen, kommentiert und publiziert wurde. Die Pressemeldung wurde darüber hinaus am gleichen Tag auf unserer Homepage an exponierter Stelle veröffentlicht. Ferner hat unser Präsident den Gesetzesentwurf im Editorial der Oktoberausgabe 2009 unserer Mitgliederzeitschrift in sehr ausführlicher Form kommentiert und massiv kritisiert.

Parallel zu der zuvor beschriebenen Öffentlichkeitsarbeit (nach außen und nach innen) hat sich am 2. September 2009 eine bereits Wochen vorher eigens einberufene 10-köpfige Expertenkommission mit dem Novellierungsentwurf eingehend befasst. Ein zweites Treffen fand am 23. September 2009 statt. Die von der Expertenkommission verfasste umfangreiche Stellungnahme wurde Ende September an alle 24 LJV-Kreisgruppen versandt. Von dort erreichten uns daraufhin weitere Meinungsäußerungen, die wir in unsere abschließende, endgültige (60-seitige) Stellungnahme eingearbeitet haben. Diese Stellungnahme haben wir am 28. Oktober 2009 an das Ministerium

für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (MUFV) gesandt. Zusätzlich hat LJV-Präsident Michael in einem 5-seitigen Schreiben an Ministerin Conrad auch noch einmal deutlich gemacht, was uns an dem Referentenentwurf besonders missfällt. Sowohl unsere ausführliche Stellungnahme wie auch der Brief an Ministerin Conrad ist auf unserer Homepage „www.LJV-RLP.de“ veröffentlicht.

Zwischenzeitlich haben wir mit allen Landtagsfraktionen bereits Gespräche geführt und um Unterstützung unserer Standpunkte gebeten. Ein Gespräch mit den SPD-Abgeordneten, die im federführenden Umweltausschuss vertreten sind, fand am 2. Dezember 2009 statt. Parallel dazu haben wir alle rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten in einem ausführlichen Schreiben über unsere Standpunkte und unsere Beweggründe in Kenntnis gesetzt. Darüber hinaus erörterten wir den Novellierungsentwurf am 17. Dezember 2009 in sehr ausführlicher Form mit Vertretern der obersten Jagdbehörde im MUFV.

Von der Tagung der Kreisgruppenvorsitzenden, die am 19. November 2009 auf der Loreley stattfand, haben wir nach ausführlicher Diskussion mit überwältigender Mehrheit ein „robustes Mandat“ erhalten, das im Bedarfsfall sogar erstmals eine Demonstration in Mainz vorsieht. Zwei Sitzungen der „AG Demo“, die sich mit der Vorbereitung der Demonstration befasst, fanden am 10. Dezember 2009 und am 14. Januar 2010 statt.

Erfreulicherweise haben zwischenzeitlich auch in vielen unserer Kreisgruppen und Hegeringe – vor Ort – Podiumsdiskussionen sowie Gespräche mit Abgeordneten und Vertretern verschiedener Interessensverbände stattgefunden. Darüber hinaus haben viele Jägerinnen und Jäger in Briefen an Ministerpräsident Beck, an Ministerin Conrad sowie an Abgeordnete ihren Protest gegen das Gesetzesvorhaben zum Ausdruck gebracht. Wie wichtig solche Gespräche und Briefe sind, haben wir in unseren Gesprächen mit den politischen Entscheidungsträgern feststellen können. Man nimmt die Jägerschaft als eine geschlossene Gemeinschaft wahr, die sich selbstbewusst und kompetent für eine zukunftsorientierte, weidgerechte, nachhaltige Jagd einsetzt. Unser Wort hat entsprechendes Gewicht!

Mit Schreiben vom 5. und 6. Januar 2010 haben wir alle 24 Kreisgruppen und 233 Hegeringe über die o.g. Demonstrationsabsicht sowie über erste organisatorische Details in Kenntnis gesetzt.

Am 28. Januar 2010 führten Präsident Michael und Geschäftsführer Bäder ein Gespräch mit Ministerpräsident Kurt Beck, an dem auch Ministerin Conrad teilnahm. Herr Beck und Frau Conrad waren gut vorbereitet; man hatte sich offenbar im Vorfeld des Gesprächs mit der Stellungnahme des LJV sehr intensiv befasst und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Der „Druck“ der durch die vielen Gespräche mit den Fraktionen, mit einzelnen Abgeordneten – zum Teil sogar in Form von Podiumsdiskussionen – aufgebaut wurde, hat sich offenbar ausgezahlt. Daher gebührt allen, die sich in den vergangenen Wochen und Monaten in so engagierter Weise für die Interessen der Jagd und der Jäger eingesetzt haben, ein herzliches Dankeschön – angefangen bei den einzelnen LJV-Mitgliedern, über die Hegeringleiter und Kreisgruppenvorsit-

zenden bis hin zu den Mitgliedern der Experten- und Arbeitsgruppen sowie des Präsidiums und Vorstandes.

Über das Gesprächsergebnis haben wir die Kreisgruppenvorsitzenden am 29. Januar 2010 vorab grob informiert. Zwischenzeitlich liegt das offizielle und von allen Gesprächsteilnehmern autorisierte Gesprächsprotokoll vor. Darüber hinaus haben wir am 5. Februar 2010 ein weiteres Gespräch mit Vertretern der obersten Jagdbehörde im MUFV geführt, das uns in einzelnen Fragen erneut ein Stück weiter vorangebracht hat.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Landesregierung bereit ist, dem LJV in Kernforderungen ganz oder in Form von durchaus akzeptablen Kompromissen entgegenzukommen. Eine der Fragen, die noch offen blieben, war die Frage der Mindestpachtzeit. Das diesbezügliche Kompromissangebot von Herrn Beck und Frau Conrad (Soll-Regelung: 8 Jahre) hat uns noch nicht zufriedengestellt.

Präsident Michael legt großen Wert darauf, die Gesprächsergebnisse und die weitere „Marschrichtung“ auf möglichst breiter Basis zu diskutieren. Er lud deshalb die Herren Kreisgruppenvorsitzenden und Vorstandsmitglieder am 6. Februar 2010 zu einer kurzfristig anberaumten, außerordentlichen Arbeitstagung in die LJV-Geschäftsstelle nach Gensingen ein, in deren Verlauf die Ergebnisse ausführlich erörtert und entsprechende Beschlüsse gefasst wurden.

Übereinstimmend waren die Anwesenden dort der Ansicht, nunmehr zunächst ein besonderes Augenmerk auf die tatsächliche Umsetzung der angekündigten Vorschläge im Regierungsentwurf zu richten, der für Ende Februar/Anfang März 2010 angekündigt ist. Sobald der Entwurf vorliegt, wird die LJV-Expertengruppe erneut tagen und das weitere Vorgehen beraten.

Die Organisation der zuvor bereits erwähnten Demonstration in Mainz ist soweit vorbereitet, dass es zur Umsetzung nur noch weniger Schritte bedarf. Die LJV-Kreisgruppenvorsitzenden und -Vorstandsmitglieder haben jedoch in nahezu vollständiger Übereinstimmung beschlossen, die Demonstration (ursprünglich vorgesehener Termin: 24. April 2010) zunächst zurückzustellen – dabei liegt die Betonung bewusst auf dem Wort „zunächst“! Man war sich einig, dass es der Schritt, den Ministerpräsident Beck und Ministerin Conrad auf die Jägerschaft zu gemacht haben, rechtfertigt, den weiteren Verlauf der Verhandlungen und vor allem die Formulierungen des Gesetzesentwurfes abzuwarten. Erst danach – und nach den Ergebnissen der weiterhin notwendigen intensiven Verhandlungen mit den politischen und fachlichen Entscheidungsträgern – werden wir festlegen können, ob und mit welchen Mitteln wir unseren Widerstand gegen den Gesetzesentwurf fortsetzen müssen.

Über die weitere Entwicklung und die getroffenen Entscheidungen werden wir jeweils so zeitnah wie möglich in unserem Verbandsorgan „Jagd & Jäger“ berichten.